

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Versand ohne Zustellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsleiter: Kurt Norden 2806 und 2806.

Inserate sollen bis acht Uhr mittags, Nonparilltags oder deren Raum 1,20 M., Parilltags das selbstdruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leertext pro Zeile 50 Pf. Familien- und Vereinstagsanzeigen 50 Pf. der Zeile. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9765

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ultimatum der Entente an Ungarn.

Gegen die ungarische Räteregierung!

Paris, 7. Juni.

Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau hat die ungarische Regierung in Budapest folgendes kryptisches Telegramm gerichtet: Die alliierten und assoziierten Regierungen sind im Begriff, die Vertreter der ungarischen Regierung nach Paris zur Friedenskonferenz zu laden, um dort die Mitteilung der Anschauungen über die geographischen Grenzen Ungarns entgegenzunehmen. Dies geschieht heute in dem Augenblick, da die Ungarn gegen die Tschechoslowaken ungerechtfertigte Angriffe unternahmen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben indes bereits ihren festen Willen kundgegeben, all diesen unzulässigen Feindseligkeiten ein Ende zu setzen, indem sie einmal den rumänischen Armeen, die die im Waffenstillstand vorgesehenen Grenzen überschritten hatten, Halt geboten. Unter diesen Umständen wird die Budapest-Regierung sofort eingeladen, unverzüglich ihren Angriffen gegen die Tschechoslowaken ein Ende zu setzen, wibrigens die verbündeten und assoziierten Regierungen fest entschlossen sind, sofort zu den äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu zwingen. Die Verantwortung dieses Telegramms hat innerhalb einer Frist von 48 Stunden zu erfolgen.

Der Eindruck des Ultimatum in Budapest.

Budapest, 8. Juni mittags.

Die Funksprünge Clemenceaus hat ein gewaltiges Aufsehen erregt. Der revolutionäre regierende Rat hat sich heute vormittags zu einer Sitzung versammelt. Einige Volkskommissare vertreten die Ansicht, daß infolge der Erfolge der ungarischen Räteregierung, fernst mit Betracht des Fortschritts der bolschewistischen Ideen unter den französischen Truppen an der ungarischen Front, die Rote unbeantwortet gelassen und der Kampf aufgenommen werden müßte. Andere Mitglieder der Regierung, vor allem Béla Kun, sind dagegen der Ansicht, daß die Rote angenommen werden müßte, weil darin die Bereitwilligkeit der Friedenskonferenz ausgedrückt ist, die ungarische Räteregierung anzuerkennen. Bis zu dieser Stunde, Sonntag mittags, hat jedoch das Kommando noch keinen Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten erhalten.

Weitere Erfolge der roten Truppen.

Budapest, 8. Juni.

Aus dem Hauptquartier der roten Truppen wird mitgeteilt: Unsere Truppen haben Alföld, Szarvas-Abwehr und Békés besetzt. Die Abteilungen des ersten Armeekorps bewegen im Tale des Waag gegen den wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt Bóna vor. Die Tschechen leisten nirgendwo Widerstand. An einigen Stellen begegnet unsere vorkämpfenden Truppen französische Kolonialtruppen. An der rumänischen Front wurden die Russen auch bei Tokaj gezwungen, sich auf das linke Ufer der Theiß zurückzuziehen. An der Südfont lebhaft Bewegungen bei den französischen Truppen, die möglicherweise auf einen bevorstehenden Angriff hinweisen lassen. Die ungarische Gegenregierung in Siegen hat auf Ansuchen zwei Divisionen aufgestellt, die sich den Truppen General Fraucher d'Esperay angeschlossen haben.

Die Flucht Bogels.

Auffälliges Schweigen der Untersuchungsbehörde.

Wir haben den zuständigen Stellen eine ganze Reihe von Tagen Zeit gelassen, unsere Kräfte über die Flucht Bogels an der Flucht Bogels zu verfolgen, in der Annahme, daß man die Öffentlichkeit baldmöglichst von dem Ergebnis der Nachforschungen unterrichten werde. Aber anscheinend besteht für unsere Mitteilungen kein allzu großes Interesse. Denn obwohl die Öffentlichkeit mit Spannung auf diese Mitteilungen wartet, ist bisher keine Veröffentlichung erfolgt. Insbesondere hat es die Untersuchungsbehörde bisher nicht für nötig gehalten, mitzuteilen, wie es mit den Ermittlungen über den Hauf des Autos für Bogel und der Ueberweisung des Geldes dafür auf das Bankkonto der Frau Lara Nankow steht. Um nun die gewiss außerordentlich schwierige Aufgabe der Untersuchungsbehörde zu erleichtern, möchten wir heute

mitteilen, was sie einerseits wohl selbst hätte schon, allerdings nur bei größter Anstrengung, feststellen können, daß das Konto der Frau Lara Nankow bei der Deutschen Bank, Depositenkasse Kurfürstendamm 188-9, unterhalten wird.

Wir sind gewiß, daß das Edenhotel und Herr Roske und für diesen Hinweis sehr dankbar sein werden und sicherlich mit Freunden bereit sind, unsere Kräfte sofort zu verfolgen und der Öffentlichkeit entsprechende Mitteilungen zu machen, sofern wir zu weiteren Veröffentlichungen gerne bereit sind.

Alle Vorbereitungen getroffen.

Wir sind in der Lage, folgenden bezeichnenden Geheimbefehl zu veröffentlichen:

Geheim.

Brigadefehl.

1. Nach Mitteilung des Generalkommandos kann mit neuen Krühen in Berlin gerechnet werden.
2. Eine Verteidigung der Unterkünste der Abwicklungsstellen durch die Reichswehr ist ausgeschlossen.
3. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Heeresangehörigen — alle, ob Kapitulanten, Freiwillige oder auf Grund der Bestimmungen Zurückgehaltene — zur Verteidigung ihrer Kasernen verpflichtet sind.

Wersich dieser Verpflichtung entzieht, geht aller ihm aus seiner Stelle erwerbender Rechte und Ansprüche auf alle Zeit verlustig.

Sogenannte Neutralitätserklärungen werden von der Regierung keineswegs anerkannt werden. Vielmehr hat die Reichswehr Befehl, gegen „neutrale“ Kasernen als Feinde vorzugehen; ihre Besatzung wird nach Kriegsrecht behandelt werden.

Alle in Betracht kommenden Angehörigen der Abwicklungsstellen sind baldigst in geeigneter Weise über diese Riffer des Befehls zu unterrichten.

4. Ich ersuche Major v. Rosen berg unter Begunahme auf meinen Befehl I/2074 geh. vom 22. 5. 19, alle Verteidigungsmaßnahmen nunmehr beschleunigt durchzuführen. (Verteidigungsvorschrift, Kräfteverteilung, Ausbildung, Probearm und sonstige Vorübungen.) Die hierzu erforderliche Zeit muß — nötigenfalls auf Kosten der Schreibarbeit — unbedingt erübrigt werden.
5. Ich sehe dem Vortrage des Maj. v. Rosen berg am 11. d. Mis. entgegen.

gez. v. Fabea.

Für die Wichtigkeit
Unterschrift unleserlich.
Hauptmann und Adjutant.

Zur Erläuterung dieses Befehls weisen wir darauf hin, daß „Abwicklungsstellen“ diejenigen Stellen sind, denen die Erledigung der Angelegenheiten des alten Heeres obliegt. Auch sie sollen, obwohl ihnen nur rein geschäftsmäßige Funktionen oder höchstens der Wachdienst obliegt, zum Kampf gegen den inneren Feind gezwungen werden. Und das auch gegen ihren Willen, denn „sogenannte Neutralitätserklärungen werden von der Regierung keinesfalls anerkannt werden“.

Teilweise Beendigung des Streits in Duisburg.

Duisburg, 7. Juni.

Nach den Beschlüssen der gestrigen Konferenz der Arbeitervertreter und Vertreter des Generalkommandos im Beisein des Reichskommissars Severing, die mit einer weitgehenden Milderung des Belagerungszustandes endete, ist heute auf fast allen Werken die Arbeit wieder aufgenommen worden, so daß der Streik als beigelegt angesehen werden kann. Wegen Differenzen in der Bezahlung der Streiktage verharren dagegen die Straßenbahner noch im Ausstand.

Das Vorgehen der Regierung.

Aus der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

Die oft erwähnte Denkschrift des Ministers Wiffell ist natürlich außer dem Reichspräsidenten und dem Kabinett auch der Redaktion der 'Freiheit' überreicht worden. Wir haben ebenso wie die beiden anderen Instanzen bisher die Dessenlichkeit nur auszugweise über dieses interessante Dokument unterrichtet; bei dem großen Interesse, das die Denkschrift bietet, wollen wir aber dem immer dringender werdenden Verlangen der Dessenlichkeit noch eingehenderer Information gern entgegenkommen, besonders da die amtlichen Stellen eine Veröffentlichung nicht beabsichtigen.

Für heute beschränken wir uns auf die Wiedergabe des kritischen Teiles, den wir für recht wertvoll und nur zu sehr begründet halten, während wir den positiven Vorschlägen des Ministeriums zur Einführung einer „gebundenen Blamwirtschaft“ aus den Gründen, die wir kürzlich entwickelt haben, prinzipiell ablehnend gegenüberstehen. Wir geben zunächst die wichtigsten Stellen aus dem Vergleichsreiben Wiffells wieder:

Es wäre eine tröstliche Aussicht, wenn die nächsten Wochen, welche die Entscheidung über den Frieden bringen müssen, nicht auch auf innerpolitischem Gebiete mit entschlossenerem Taten ausgefüllt werden sollten. Deutschland kann sein künftiges Schicksal in nichts anderem als in ernsthafter Arbeit an sich selbst suchen. Das Volk muß geleitet werden, daß es die seiner Kräfte aufwärts zu wenden vermag.

Die Friedensbedingungen sind fürchterlich hart und man sieht nicht ab, wie sich unter einem solchen Frieden überhaupt ein menschenwürdiges Leben für das deutsche Volk wieder entwickeln könnte. Aber es hilft nichts, wenn sich Deutschland auf den Entrüstungssturm eines bergewaltigen Volkes beschränkt. Wir müssen zugleich mit Ernst die Frage erörtern, wie Deutschland das Unrecht trägt tragen soll. Wenn es ihm vom Schicksal zu tragen aufgelegt wird. Die äußere Macht Deutschlands ist restlos zusammengebrochen. Soll nicht die deutsche Wirtschaft, die durch diese harte Schule geschüttelt und gediebt, völlig schuldlos sein, so muß sie ihre innere Organisation so viel wie möglich erheben. Die Rot des Landes treibt mit zwingender Gewalt zur Gemeinwirtschaft. Die Aufgabe, die das Schicksal dem deutschen Volke gestellt hat, läßt sich nur lösen in dem Geiste der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze. Mit dieser Idee müssen wir zu wirken suchen. Dringt sie durch, so kann schließlich auch nicht ausbleiben, daß Deutschland über kurz oder lang seine volle Freiheit und Gleichberechtigung, vielleicht sogar seine Väterlichkeit wieder gewinnt.

Nicht eindringlich genug kann ich die Bitte aussprechen, sich sobald und entschieden wie möglich auf den Boden eines klaren gemeinschaftlichen Programms zu stellen, wie es in den Anlagen entwickelt ist.

Ich würde dankbar sein, wenn zunächst bald eine Beschlusfassung des Kabinetts über das Wirtschaftsprogramm und die ihm beigefügten Richtlinien zu Gesetzentwürfen herbeigeführt würde.

Aus der Denkschrift selbst, die vom 7. Mai datiert ist, lassen wir nunmehr die ersten Abschnitte folgen:

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Kabinett von Tag zu Tag Teile seines Vertrauens in der Bevölkerung einbüßt. Darüber darf die Tatsache nicht hinweggesehen werden, daß die Stellung des Kabinetts, rein politisch betrachtet, durch das Bestehen einer parlamentarischen Mehrheit bis auf weiteres gesichert erscheint.

Wenn schon keineswegs bestritten werden soll, daß eine Reihe von unabänderlichen und unerschütterlichen Umständen diese Annäherung des Volkes bewirkt hat, so läßt sich dennoch nicht leugnen, daß für gewisse Schwierigkeiten die Regierung und die ihr zugrunde liegende Parteikoalition mitverantwortlich sind. Sicherlich wird beispielsweise durch die Erbschaft eines verlorenen Krieges und durch den Hoang monatelangen Wartens auf einen schlechten Frieden das Regierungsgeschäft unerträglich erschwert; aber ebenso gewiß läßt sich auch sagen, daß das Volk zu der Klage berechtigt ist, von der Regierung sei nicht jede Gelegenheit ausgenutzt worden, um das jeweils erreichbare Beste durchzuführen.

Um nach Möglichkeit in letzter Stunde die Weiterentwicklung zur Katastrophe auszuhalten, fällt sich das Reichswirtschaftsministerium verpflichtet, in aller Offenheit seine Kritik darzulegen und Abhilfemaßregeln vorzuschlagen. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich schon mehrmals erlaubt, auf Konstruktionsfehler der Behörden

